DEUTSCHLAND

WEHRPFLICHT

Für Männer

Wehr- und Waffenredner und Gleichberechtigungsstreiter der Bonner Koalitionsparteien sind über Nacht in harten Gegensatz geraten.

Im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages wurde auf Antrag des SPD-Kronjuristen Adolf Arndt in die als Grundgesetz-Ergänzung vorgesehene Floskel „Durch Bundesgesetz kann die Wehrpflicht eingeführt werden" der Passus eingefügt: „für Männer".

Anfangs sträubten sich die Koalitionsabgeordneten dagegen, aber Adolf Arndt konnte sich auf Sicherheitskommissar Theo Blank berufen, der seit seinem Amtsantritt immer darauf bestanden hat, die neuen deutschen Streitkräfte ohne Mädchen in Uniform, Marine-Helferinnen und Blitz-Mädchen aufzubauen.

Und als Blank nun vor dem Rechtsausschuß erschien und über seine Meinung befragt wurde, machte er aus dieser Einstellung kein Hehl: „Ich springe vor Freude an die Decke, wenn die Frauen draußen bleiben."

Mit der vom Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages vorgesehenen Formulierung, wonach für Männer die Wehrpflicht eingeführt werden kann, ist aber nun ganz offenbar der Artikel 3 des Bonner Grundgesetzes verletzt. In ihm heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt oder bevorzugt werden."

Sowohl Männer als auch Frauen jedoch können sich benachteiligt und bevorzugt fühlen, wenn ausschließlich eine männliche Wehrpflicht besteht. Denn einerseits erhält beispielsweise eine Studentin einen eineinhalbjährigen Vorsprung vor den männlichen Kommilitonen, die ihren Wehrdienst leisten, und andererseits kann sich auch eine Frau auf den Standpunkt stellen, daß Wehrdienst Ehrendienst sei und sie wünsche, diese Pflicht gegenüber ihrem Vaterland zu erfüllen.

BUNDESHAUS

Auf Zuschüsse angewiesen

Mehr als eine Hundertschaft tschakogekrönter Schupos, in Zivil verkleideter Kripos und dunkelblau uniformierter Hausdiener bewachen in mehreren Schichten Tag und Nacht die acht Eingänge des Bundeshauses am Rhein.

Die Dimensionen des westdeutschen Parlaments in der provisorischen Hauptstadt nehmen immer beängstigendere Ausmaße an. Die ursprünglich zum Tagungsort von Bundestag und Bundesrat erwählte Pädagogische Akademie in Bonn bildet nur noch einen Bruchteil des heutigen Bundeshauses. Sie bedeckte einst 50 000 Quadratmeter; das heutige Bundeshaus umfaßt 177 000 Quadratmeter bebauter Fläche.

Die Zahl der Beamten und Angestellten — vom Bundestagsdirektor und Staatssekretär-Aspiranten Hans Troßmann bis zum letzten weißbehandschuhten Saaldiener — hat sich mehr als verdoppelt. 1949 waren es zirka 300, 1954 sind es 680.

Der Etat des Deutschen Bundestages ist in den letzten Jahren um über 6 Millionen Mark gestiegen. 1950 betrug er nicht einmal 16 Millionen Mark; für 1954 sind über 22 Millionen Mark veranschlagt.

Der ständig steigende Großeinsatz von Menschen und Material wird in allen Etagen des Parlaments deutlich. Die Telephonzentrale entspricht mit ihren 100 Amtsanschlüssen und 1300 Nebenstellen der Fernsprechvermittlung einer Stadt von 25 000 bis 30 000 Einwohnern. Und auf jedem Flur des neuerbauten sechsstöckigen Hochhauses hält neuerdings ein Angestellter Wache.

Nach ihren eigenen Aussagen besteht die Aufgabe dieser Wächter darin, „den Verkehr auf dem Flur zu regeln und auf offene Türen und Fenster und auf Besucher zu achten". Der Einsatz dieser Wachmannschaft allerdings datiert von dem Tage, da der SPD-Abgeordneten Lisa Korspeter in diesem Flügel ein Mantel abhanden kam und trotz aller Bemühungen der häuslichen Kriminalpolizei nicht wieder beschafft werden konnte.

Vernachlässigt wurde einstweilen nur das Bundeshausrestaurant unter seinem Geschäftsführer Paul La Roche. Trotz horrender Preise kann es kein Gleichgewicht in seinen Haushalt bringen. Seit vor mehreren Wochen die Tanzschule Elly Herbst in dem Restaurant des deutschen Parlaments ihren Abtanzball feierte und anwesende Abgeordnete und Parlamentsberichterstatter verdrängte, ist es auch in dieser Karnevalssaison wieder gang und gäbe, das Bundeshausrestaurant an fröhliche Interessenten zu vermieten. Politisch-psychologische Bedenken schob Bundestagspräsident Hermann Ehlers beiseite. Die Würde des Hohen Hauses werde nicht bei La Roche gewahrt. Man sei auf Zuschüsse angewiesen und habe keine Wahl.



Verkehrsregelung auf dem Flur
Bundestags-Direktor **Troßmann**



Hoegners Stolz: Bayerischer Zapfenstreich mit Kohlenbecken

In der Tat: Den Gesamtausgaben für das Rechnungsjahr 1954 in Höhe von 22 170 000 Mark stehen im Bundestagshaushalt Gesamteinnahmen von 55 090 Mark gegenüber. Der Rest muß zugeschossen werden.

VERFASSUNGSSCHUTZ

Qualitäts-Unterschiede

Mit Weißwürsten hatte es begonnen, im Münchner Hofbräuhaus, bayerisch und leger föderalistisch. Es endete mit Preußens Gloria. 750 — von über 10 000 Mark Gesamtkosten — hatte Bayerns Staatsregierung am letzten Abend des Ministerpräsidententreffens in München aufgewendet, um die Länderchefs und Regierenden Bürgermeister der Bundesrepublik vom eiskalten Balkon des Prinz-Carl-Palais noch einen lohnenden Blick in die Winternacht tun zu lassen.

Sie sahen unten Kohlenbecken, Kesselpauken, den „Bayerischen Zapfenstreich" — und in ihrer Mitte einen strahlenden sozialdemokratischen Innenminister — Dr. Wilhelm Hoegner —, der mit diesem Stolz über den festlichen Aufwand seiner Bayerischen Bereitschaftspolizei der böswilligen Kritik neue Nahrung gab, die ihm einen einstmals ungestümen Drang zum Reserveoffizier andichten will.

War der Zapfenstreich am Samstagabend als sinnige letzte Steigerung der Abendveranstaltungen gedacht — nach Oper und Chrysanthemenball (siehe Bildkasten Seite 28) an den vorhergehenden Tagen —, so hatte der Samstagmorgen den Höhepunkt der Arbeit beschert. Und zwar mit Punkt 5 der Tagesordnung, der ein Referat des hessischen Ministerpräsidenten Zinn über „Allgemeine Fragen des Verfassungsschutzes" vorsah.

Der Redner war für dieses Thema nicht nur durch den dornigen Weg des hessischen Verfassungsschutzes besonders geschult, er führte sich seinem sachverständigen Publikum in der Münchner Schackgalerie — in der früher Wilhelm II. bei Aufenthalten in der bayerischen Landeshauptstadt seine Empfänge zu geben pflegte — auch als Betroffener des Verfassungsschutzes ein.

Und zwar, als er nach einer Kritik der Verfahrensfehler in der Vulkan-Affäre des Bundesamtes für Verfassungsschutz jene Gefahren aufzeigte, die darin liegen, daß das Vorgehen der Verfassungsschutzämter geheim ist, zumindest für den Be-